

# BANKEN pleite

## Wir zahlen NICHT!

*Zuerst ein staatlicher „Banken-Schutzschirm“ in Höhe von 500 Milliarden Euro. Dann die Gründung von „Bad Banks“ zur Auslagerung von faulen Krediten im Wert von einstmalig 1000 Milliarden Euro. Die Pleite des Bankensystems droht nach wie vor.*



### Bereicherung

Jahrzehntlang haben Politik, Wirtschaft und Medien den Kapitalismus entfesselt. Großaktionäre, Spekulanten und „Topmanager“ konnten und können sich hemmungslos auf Kosten der Gesellschaft bereichern. Diese Entwicklung wurde uns von einer ganz großen Koalition als alternativlos verkauft.

Der alte Spruch „Der freie Markt wird es schon richten!“ ist fast nicht mehr zu hören. Kanzlerin Merkel spricht von Verstaatlichung ruinierter Banken. Bank-Boss Ackermann ruft nach Steuergeldern für die bankrotte Finanzwelt. Nicht um etwas Grundlegendes zu verändern. Sondern damit möglichst bald das alte Spiel weiter betrieben werden kann.

### Krise

Regierung und Kapital waren von der größten Krise des Kapitalismus seit 1929 überrascht. Mittlerweile sehen sie klarer. Ihr Programm:

- Mit weiteren Steuermilliarden die Folgen der gigantischen Finanzspekulation auffangen. Banken und Versicherungen sollen so vor dem Bankrott gerettet werden. Gleichzeitig werden ihnen weiter hohe Zinsen für die steigenden Staatsschulden gezahlt.
- Mit der Enteignung von Pleitebank-

en wie der Hypo Real Estate den Zusammenbruch verhindern. Sie ist bisher mit 102 Milliarden an staatlichen Bürgschaften und Geldern vor der Pleite bewahrt worden.

- Mit Arbeitsplatzvernichtung in großem Stil Gewinne sichern. Zuerst werden die Leasingkräfte, dann die befristet Beschäftigten und schließlich die Festangestellten auf die Straße geschmissen.
- Mit massiven weiteren Schnitten in das soziale Netz „Kosten senken“ - einer „Agenda 2020“ nach den Bundestagswahlen. Dies soll vor allem die Sozialversicherungen betreffen. Noch mehr Zuzahlungen für Gesundheit, noch weniger Geld bei Arbeitslosigkeit, noch geringere und spätere Rente.
- Mit spürbaren weiteren Steuererhöhungen für die große Mehrheit zusätzliche Milliarden abschöpfen. Wenn die Krise sich zuspitzt, droht der Staatsbankrott. Anschließend würde mit einer „Währungsreform“ auf einen Schlag das Geld entwertet und die breite Masse der Bevölkerung enteignet.



### Protest

**Haben wir es schon vergessen? Für Arbeit, Gesundheit, Bildung, Renten und Umwelt war angeblich nie genug Geld da. Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Entweder warten, bis unser Leben „brutalstmöglich“ verschlechtert wird. Oder aktiv werden. Zum Beispiel bei den bundesweiten Demos am 28. März in Frankfurt/Main und Berlin. Motto: „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“**



**Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale**

Kontakt: [buero@rsb4.de](mailto:buero@rsb4.de) / Mehr Infos: [www.rsb4.de](http://www.rsb4.de)

68026 Mannheim, Postfach 102610, Tel./Fax: 0621/1564046

Vi.S.d.P: RSB, 68026 Mannheim